

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

erschienen jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr... (Dresden) 11. September 1925

1. Jahrgang Dresden, Montag den 7. September 1925 Nummer 124

Der Aufmarsch des Jungproletariats

„Behrwolf“-Überfall auf die Jugend in Meißen — 6 Jungarbeiter verletzt — Die Polizei bleibt passiv

Bei dem gestern in Meißen abgehaltenen Jugendtag des kommunistischen Jugendverbandes Ostschlesien überfiel eine zehntausend Mann starke Abteilung „Behrwolf“ einen abziehenden Meißner Trupp (ungefähr 12 Kurieren und Wädel) junger Arbeiter. Diese waren nach Auflösung des Jungarbeiterjugends, der jetzt 1000 Mann umfaßt hatte, auf dem Wege nach ihrem Quartier, als die „Behrwolf“-Abteilung die Straße abriegelte und unter Trompetensignal einen regelrechten Sturmangriff auf die kleine Gruppe unternahm. Unsere Genossen wehrten sich zwar erfolgreich, wurden dann aber doch niedergeschlagen und mit eisernen Knien in roherer Weise geprügelt. Ein Meißner Mädchen wurde schwer verletzt, einem jungen Arbeiter wurde das Kniegelenk zertrümmert, die übrigen trugen Kopfverletzungen davon. Das empörte Publikum trieb die Banditen weit zurück, wurde aber durch einen neuen Angriff mit Knien und Füßen angegriffen. Die Polizei erschien erst, nachdem die „Behrwolf“-Abteilung zum Sammeln gebildet hatte, versuchte aber nicht einzugreifen, die Angreifer setzten sich, sondern begnügte sich, die Menge zu „beruhigen“.

Dennoch, das Verhalten der Polizeibeamten ist unerhört. So die Faschisten als wie Straßenzünder und Banditen beschreiben, greift die Polizei nicht ein. Wenn aber Jungarbeiter um ihre Rechte demonstrieren, war die Polizei schnell zur Stelle, die jugendlichen Arbeiter auseinanderzutreiben. Unter dem Stern der Polizei des Sozialdemokraten Kühn haben die faschistischen Banditen Freiheit.

Jungarbeiterdemonstration in Chemnitz

Chemnitz, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kundgebung des kommunistischen Jugendverbandes zum 11. internationalen Jugendtag gestaltete sich zur eindrucksvollen Demonstration der revolutionären Jugend. An 3000 Jungarbeiter und Roter Jungarmy beteiligten sich an verschiedenen Orten des Bezirks an Demonstrationssammlungen, an der in Chemnitz allein 800 teilnahmen.

Waffenaufmarsch der kommunistischen Jugend in Berlin

Berlin, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Jugend hatte am Sonntag die Berliner Jungarbeiterkassen zum 11. internationalen Jugendtag auf-

gerufen. Zehntausend Jungarbeiter, Mitglieder der KJ, des Jungpartafiskus, vor allem aber Rote Jungarmy-Kameraden waren dem Rufe gefolgt. Die Propaganda der kommunistischen Jugend, die Einheit der gesamten arbeitenden Jugend heraufzufen, war nicht ohne Erfolg geblieben. Zahlreiche Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend und auch eine Abteilung des Reichsbanners waren erschienen. Dieser Anfangserfolg wird ein Ansporn zu weiteren großen Erfolgen sein bis zur Herstellung der Einheit des internationalen Jungproletariats. Dazu gehört vor allen Dingen Herstellung der Einheit zwischen dem deutschen revolutionären und dem russischen Jungproletariat.

20 000 Jungarbeiter in Dortmund

Dortmund, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Der 11. internationale Jugendtag der Ruhrarbeiterkassen fand hier unter starker Beteiligung statt. Vertreter der Jugendzentrale, des schlesisch-polnischen Jugendverbandes, sowie der kommunistischen Partei sprachen über die Aufgaben der Jugend im Kampf gegen die imperialistische Kriegswirtschaft und gegen die Angriffe der Reaktion. Die Uebergabe einer Fahne des russischen Leninistischen Jugendverbandes an die revolutionäre Dortmund-Jungarbeiterkassen löste größte Begeisterung aus. Die Fahne wurde mit dem Gelübde übernommen, unter ihr die Sammlung des Jungproletariats zu vollziehen. Anschließend formierte sich ein Demonstrationzug, an dem über 20 000 Jungarbeiter teilnahmen.

Jungarbeitertag in Hamburg

Hamburg, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Der diesjährige Jugendtag fand unter starker Beteiligung aller bisher abgehaltenen Jugendtage statt. Der Polizeipräsident Komze hatte verboten, die Straßen zu schmücken, Kriminalbeamte entfernten in Form des von den Arbeitern gegebenen Einlassens. Am Sonntagabend formierte sich unter Beteiligung von 10 000 Personen ein Kundgebungszug. Es sprach ein Vertreter der Jugendzentrale und der aus der Haft entlassene Genosse Scheibler. Weiter begrüßte ein Mitglied der russischen Delegation die Jungarbeiterkassen und überbrachte als Gruß des Leninistischer Jugendverbandes eine von den Leninistischer Jungarbeiterinnen gestiftete rote Fahne. Die Uebergabe löste einen ungeheuren Beifall bei den Massen aus. Am Sonntag formierte sich unter Beteiligung von 20 000 Personen in Form eines Demonstrationzugs, der in dem Stadtpark endete. Nach einem Vertreter der Jugendzentrale sprach der Genosse Thälmann. Seine Rede, die in die Parole der Herstellung der Gewerkschaftseinheit ausklang, löste bei den Massen großen Beifall aus.

kommen erdrückte. Große Transparente forderten die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Die Arbeiterkassen marschierte einheitlich unter revolutionären Losungen, die der Demonstration das Gepräge gaben. Die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes marschierten in Bundesreihung bei ihren Gewerkschaften. Ihre revolutionäre Disziplin trug dazu bei, daß das Gewerkschaftsfest den Charakter des Klassenkampfes trug.

Die Bezirksfunktionäre der KJ. Ostschlesien für den Brief des KJ. D.

Gestern tagte im „Kaulbachhof“ in Dresden eine Konferenz der Bezirksleitung, der Unterbezirksleiter Ostschlesiens und der Stadtgebietsleiter Dresdens, die sich mit dem Brief der Exekutive und den dadurch notwendigen Maßnahmen für die Partei befaßte.

Nach einem eingehenden Referat des Genossen Schnellert und ausführlicher Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die erweiterte Bezirksleitung Ostschlesien stellt sich nach dem Referat des KJ. Vertreters vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse des Komintern in der deutschen Frage, erklärt sich mit dem Offenen Brief und der Resolution, welche in der Konferenz der Pol. Sekretäre und Redaktoren angenommen wurde, einverstanden. Sie verpflichtet sich, mit allen Kräften die Maßnahmen des KJ. zu unterstützen. Vor allen Dingen ist praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Die für eine richtige Orientierung der deutschen Arbeiter maßgebend ist die Heranbildung eines starken linken Flügels in den Gewerkschaften energisch voranzutreiben. Nur durch persönliche Mitarbeit der bereitwilligen Mitglieder kann die kommunistische Politik erfolgreich durchgeführt werden. Die KJ. wird das KJ. und das J.A. in der Durchführung der Beschlüsse des 3. Weltkongresses und der Erweiterung der Exekutive tatkräftig unterstützen und alle Durchführungsversuche abwehren. Nur auf dem Boden der Beschlüsse des Komintern wird es der Partei gelingen, die Führung der Arbeiterkassen in allen Tageskämpfen für den Klassenkampf zu erzwingen.

Die Amnestie der sächsischen Regierung

Die sächsische Regierung, in der die sozialdemokratischen Minister in der Mehrheit sind, hat eine Amnestie erlassen, die an einseitiger Klassenloyalität für die Faschisten der Amnestie Hindenburg-Luther nicht nachsteht. Wer erinnert sich, wenn er diese Amnestie liest, nicht der Reben, die dieselben Leute 1923 bei Erlass der Amnestie gehalten. Als damals von den Kommunisten gefordert wurde, daß angesichts der drohenden Gefahren die Faschisten und Rechtsverbrecher von der Amnestie ausgeschlossen werden, waren es die Leute um Heß, die sich nicht genug tun konnten in moralischer Entrüstung gegen die einseitige Handhabung der Amnestie. Damals verlangten sie, daß vom Standpunkt der „Gerechtigkeit“, der „Billigkeit“ und was der Argumente mehr waren, auch die Faschisten, die damals gerade zu ihrem Angriff auf den Staat und die Arbeiterklasse rüsteten, amnestiert werden. Die „Gerechtigkeit“, die die Sozialdemokraten damals mit allen Mitteln für die Faschisten forderten — sie drohten, das Amnestiegesetz überhaupt abzulehnen, wenn man die Faschisten nicht einbeziehe —, haben diese Sozialdemokraten aber absolut nicht für die proletarischen Klassenkämpfer. Das gerechte Herz des sozialdemokratischen Verräters am Proletariat schlägt nur für das Faschisten- und Orgehegekindel, für die Ministermörder und ihre Helfer, nicht aber für die Arbeiter, die revolutionären Klassenkämpfer. Ist es an und für sich schon bedenklich, daß die sozialdemokratischen Minister in Sachsen dieselbe Gesetz annehmen wie Hindenburg, der Protektor der Faschistenverbände, im Reich, so zeigt die Tatsache, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1923 so warm für die Orgehegekindel eintraten, daß diese Sozialdemokratie eine faschistenfreundliche, aber arbeiterfeindliche Organisation ist.

Das als Notverordnung herausgegebene Gesetz über die Amnestie in Sachsen bestimmt, daß amnestiert werden alle Zuwiderhandlungen gegen den § 8 des Republikverfassungsgesetzes und den § 5 der Verordnung über den Schutz der Republik, wenn die Straftat nicht vor dem 15. Juli 1925 begangen ist. Diese Paragraphen bestimmen die Bestrafung für die Beschimpfung der Staatsform oder der republikanischen Minister, der öffentlichen Aufforderung, Billigung, Vertuschung oder Bejahung von Gewalttaten gegen die Staatsform oder die Minister, der Beschimpfung getöteter Minister, der Verfolgung der Aufforderung oder Verabredung von Gewalttaten gegen Mitglieder bestehender oder früherer Regierungen, der Staatsform oder der Landesfarben, der Zugehörigkeit zu Geheimorganisationen, welche den Sturz der Staatsform oder die Verhinderung der Durchführung gesetzlicher Bestimmungen mit Gewalt vorbereiten.

Diese gesamten Vergehen, die fast ausschließlich Vergehen oder Verbrechen sind, die von den Faschisten oder Orgehegen verübt wurden, werden für die Zeit bis zum 15. Juli 1925 amnestiert. Unter diese Verbrechen fallen Ministermörder und sonstiges konterrevolutionäres Gesindel.

Ganz anders sieht natürlich die „Amnestie“ aus, wo unter die zu amnestierenden Straftaten auch Arbeiter fallen können. Der Trennungstrieb zwischen faschistischen Verbrechen und den Klassenkampfmaßnahmen der Arbeiter ist offensichtlich gesunken, aber selbstverständlich nicht zugunsten der Arbeiter und ihres Bestreitungskampfes, sondern zugunsten des Faschistengekindels.

Der § 2 des Notgesetzes bestimmt, daß niedergeschlagen werden alle Straftaten oder Verbrechen, die angingig oder verhängt sind für Zuwiderhandlungen gegen die §§ 81—86, 128, 129 des Strafgesetzbuches und § 7 des Republikverfassungsgesetzes. Also wegen Hoch- und Landesverrat. Dieser Erlass, der sich auf die Bestimmung über die gewaltsame Aenderung der Verfassung, Verschäderung von Bundesgebiet an fremde Staaten, Angehörigkeit zu Geheimorganisationen, Verbindung mit fremden Mächten, öffentliche Aufforderung zum Umsturz, Geheimhaltung von Waffenlagern usw. bezieht, soll aber nur erfolgen, wenn Zuwiderhandlungen vor dem 1. Oktober 1923 erfolgt sind oder nach dem 1. Oktober 1923 bis zum 15. Juli 1925 erfolgten, jedoch nur dann, wenn die verhängte oder zu verhängende Strafe 2 Jahre Gefängnis oder Festung nicht übersteigt.

Vor dem Sieg der Minderheit in den englischen Gewerkschaften

In Scarborough tritt heute der Kongreß der englischen Gewerkschaften zusammen. Die heutige Majorität wird geführt immer noch von den Ministerloyalisten MacDonald, Henderson und Co. Die sogenannte Minderheit steht unter der Führung von Purcell, Cool und den anderen Mitgliedern des linken Flügels der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Es ist zu erwarten, daß die heutige Minderheit zur Mehrheit auf dem Kongreß wird. Die englische Arbeiterbewegung hat sich seit dem Kongreß von Hull vor einem Jahre in erstaunlich rascher Weise radikal nach links entwickelt. Namentlich die gemeine Verdrängtheit der rechten Führer im englischen Exekutivrat wird auf dem Kongreß den rechten MacDonald, Henderson, Wilson und Konsorten schwer zu schaffen machen. Die bürgerliche englische Presse und auch die Presse der heutigen Mehrheit führt den Kampf gegen die radikale Gewerkschaftsrichtung unter dem Schlagwort: Bolschewismus, obwohl weder die Führer der Linken noch die einfachen Mitglieder der kommunistischen Partei annehmen, oder auch nur ideologisch schon auf dem Boden des marxistischen Klassenkampfes stehen. Die Bedeutung, welche die sozialistische englische Presse diesem Kongreß beimißt, indem sie den Kampf der Rechten gegen die Einheitsfront der Gewerkschaften mit perfiden Verleumdungen unterstützt, muß auch den deutschen Arbeitern ein Fingerzeig sein, daß auf diesem englischen Gewerkschaftskongreß Dinge entschieden werden, die indirekt auch das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterkassen betreffen.

Das Dortmunder Gewerkschaftsfest eine Kundgebung für die Gewerkschaftseinheit

Dortmund, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Das heutige Gewerkschaftsfest der freien Gewerkschaften gestaltete sich zu einer Massendemonstration der Dortmunder Arbeiterkassen. Unter der Parole für die Einheitsfront und für den Klassenkampf marschierten viele Tausende von Arbeitern unter roten Bannern, deren große Zahl die wenig schwarz-rot-goldenen Fahnen voll-